

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	15
I. Untersuchungsgegenstand und Fragestellung	15
1. Bedeutung der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung	15
2. Beweisrechtliche Besonderheiten	17
3. Kritik an der Neuregelung	19
4. Grund- und menschenrechtliche Aspekte	20
5. Die Non-Conviction-Based Confiscation im englischen Recht	22
II. Gang der Darstellung	23
Kapitel 1: Prozessrechtliche Beweissituation in Deutschland	25
I. Beweislast und Beweiswürdigung im Strafprozess	25
1. Überblick	25
2. Formelle und materielle Beweislast	26
3. Notwendiger Beweisstandard	28
II. Beweislast und Beweiswürdigung im Zivilprozess	29
1. Strukturelle Ähnlichkeiten	29
2. Unterschiede durch die Verhandlungsmaxime	30
3. Beweislastregelungen, Beweiserleichterungen und Anscheinsbeweis	32
III. Zwischenergebnis	33
Kapitel 2: Überblick über Besonderheiten bei der selbstständigen Einziehung	36
I. Selbstständige Einziehung gem. § 76a Abs. 1–3 StGB als besondere Verfahrensart	36
II. Einziehung von Vermögen unklarer Herkunft gem. § 76a Abs. 4 StGB	38
1. Kumulative Voraussetzungen für eine Anordnung der Einziehung	38
a. Beweisrechtliche Unterteilung	39
b. Voraussetzungen der Anordnung	39

c. Folgen der Anordnung	41
2. Überzeugungsbildung des Gerichts von der deliktischen Herkunft	42
a. Herrühren aus einer Katalogtat	42
b. Richterliche Überzeugung von der deliktischen Herkunft	43
aa. Grobes Missverhältnis zwischen dem Wert des Gegenstandes und den rechtmäßigen Einkünften des Betroffenen	45
bb. Ergebnis der Ermittlungen zu der Tat, die Anlass für das Einziehungsverfahren waren	47
cc. Fund- und Sicherstellungsort	47
dd. Sonstige persönliche und wirtschaftliche Verhältnisse des Betroffenen	48
3. Anwendungsbeispiele aus der Praxis	48
III. Zwischenergebnis	50
 Kapitel 3: Begründungsansätze der selbstständigen Einziehung und rechtspolitische Natur	53
I. Zielbestimmung und dogmatische Begründung der Einziehung im Allgemeinen	54
II. Zielbestimmung und dogmatische Begründung der selbstständigen Einziehung	56
1. Strafcharakter der selbstständigen Einziehung?	56
2. Systematischer Kontext	57
3. Historie	58
4. Weitere Systematik	59
5. Sinn und Zweck: Prävention und Ausgleich	60
6. Maßnahme eigener Art?	62
7. Zwischenergebnis und Kritik	64
III. Zwischenergebnis	65
 Kapitel 4: Hintergründe der selbstständigen Einziehung im deutschen und internationalen Kontext	67
I. Rückblick: Vermögensstrafe und erweiterter Verfall	67
1. Schnelles Ende der Vermögensstrafe in § 43a StGB	70
2. Erweiterter Verfall in § 73d Abs. 1 StGB a. F.	72
a. Hintergrund	72
b. Verfassungsrechtlich enge Auslegung	73

3. Zwischenergebnis	75
II. Gemeinsamkeiten der selbstständigen Einziehung von Vermögen unbekannter Herkunft im internationalen Kontext	76
III. Umsetzung der Richtlinie 2014/42/EU als Anlass für die Reform des Einziehungsrechts in Deutschland	78
1. Original-Vorschlag der Kommission	79
2. Harmonisierungsvorschlag des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres	80
3. Finale Version der Richtlinie	81
4. Zwischenergebnis	82
IV. Politischer Hintergrund der Neuregelung und erste Bilanz	83
V. Zwischenergebnis	85
 Kapitel 5: § 437 StPO im Spannungsfeld zwischen zivil- und strafprozessualen Grundsätzen	87
I. Dogmatische Einordnung von § 437 StPO	87
1. Einordnung als gesetzliche oder faktische Beweislastumkehr	87
2. Einordnung als materiell-rechtliche Beweisregelung	90
3. Einordnung als Anscheinsbeweis	91
a. Hintergrund	91
b. Anscheinsbeweis im Zivilprozess	92
c. Anwendbarkeit des Anscheinsbeweises im Strafprozess	93
d. Einordnung von § 437 S. 1 StPO als Anscheinsbeweis	95
e. Zwischenergebnis zur Einordnung als Anscheinsbeweis	97
4. Einordnung als Beweismaßreduktion	98
5. Einordnung als nicht bindende Indizien/rein revisionsrechtliche Bedeutung	99
6. Einordnung als Mischung aus objektiven Indizientatsachen und normierten Erfahrungssätzen	100
7. Zwischenergebnis	101
II. Gefahren der Nutzung zivilprozessualer Instrumente im Strafprozess	103
III. Zwischenergebnis	105
 Kapitel 6: Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die selbstständige Einziehung von Vermögen unbekannter Herkunft	107
I. Einführung	107

II. Zweifel an der materiellen Verfassungsmäßigkeit	108
1. Verstoß gegen die Unschuldsvermutung und den Nemo-Tenetur-Grundsatz	108
2. Einschränkung der freien richterlichen Beweiswürdigung	110
a. Anwendbarkeit des § 261 StPO auf § 437 StPO	111
b. Vereinbarkeit mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesgerichtshofs zum erweiterten Verfall	112
3. Unverhältnismäßiger Eingriff in Art. 14 Abs. 1 GG	113
a. Eröffnung des Schutzbereichs	113
b. Rechtfertigung	114
aa. Unverhältnismäßigkeit des Eingriffs	114
bb. Übertragbarkeit der Rechtsprechung zum erweiterten Verfall?	115
cc. Zu weiter Anwendungsbereich der Norm	116
c. Exkurs: Reichweite des Abschöpfungsumfangs	119
4. Zwischenergebnis	121
III. Zweifel an der formellen Verfassungsmäßigkeit der Beweisregelung	122
1. Fehlende Gesetzgebungskompetenz	122
a. Ein weit gefasster Begriff des Strafrechts in Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG	122
b. Enger Zusammenhang zwischen Anlasstat und Anordnung der selbstständigen Einziehung	123
c. Weitere Aspekte	124
2. Zwischenergebnis	125
IV. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgericht zu Art. 316h S. 1 EGStGB	125
1. Vorgeschichte	126
2. Vorlagebeschluss des 3. Strafsejats	127
3. Entgegenstehende Entscheidungen	128
4. Die Entscheidung des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts	129
5. Zwischenergebnis	131
V. Zwischenergebnis	132

Kapitel 7: Vereinbarkeit der Regelung in § 76a Abs. 4 StGB i. V. m. § 437 StPO mit der EMRK	134
I. Überblick über die Rechtsprechung des EGMR und die Bedeutung für das deutsche und englische Recht	134
1. Frühe italienische Rechtsprechung	135
2. Einordnung als Strafe i. S. d. Art. 7 Abs. 1 EMRK in <i>Welch</i>	136
3. Strenger Maßstab in <i>Geerings</i>	138
4. Bestätigung der Rechtsprechung im Fall <i>Gogtidze</i>	139
5. Die „Innocent Owner Defence“	140
6. Neuere italienische Rechtsprechung – Einordnung als Strafe	141
II. Bewertung	145
III. Zwischenergebnis	150
Kapitel 8: Einführung in die beweisrechtliche Situation in England und Wales	153
I. Überblick über die Beweislast und das Beweismaß im Strafprozess in England und Wales	153
1. Adversaler Aufbau des Prozesses	153
2. Beweislast und Beweisstandard im englischen Strafprozess	154
II. Überblick über das Beweismaß und die Beweislast im Zivilprozess in England und Wales	156
1. Der historische Einfluss der Laienrichter	156
2. Erforderliches Beweismaß im englischen Zivilprozess	157
3. Strafrechtliche Fragen innerhalb des Zivilprozesses und Vice versa	158
III. Zwischenergebnis	160
Kapitel 9: Die Vermögenseinziehung in England und Wales – der Proceeds of Crime Act 2002	162
I. Entwicklung der Vermögenseinziehung in England und Wales	162
II. Struktur der derzeitigen Einziehungsvorschriften	165
III. Überblick über die strafrechtliche Einziehung (Confiscation) in England und Wales	166
1. Verfahrensablauf und Beweismaß	166
a. Bestimmung, ob eine kriminelle Lebensführung vorliegt oder nicht	167

b.	Soweit eine kriminelle Lebensführung vorliegt: Gesetzliche Vermutungen	168
c.	Soweit keine kriminelle Lebensführung vorliegt	170
d.	Nachweis der illegalen Herkunft	171
e.	Bestimmung der Höhe des einzuziehenden Betrages	173
f.	Rechtsfolge	173
g.	Zwischenergebnis	174
2.	Vereinbarkeit mit der EMRK	176
3.	Zwischenergebnis	178
	IV. Zivilrechtliche Einziehung (Civil Recovery) in England und Wales	179
1.	Überblick über die zivilrechtliche Einziehung in England und Wales	179
2.	Ablauf des Verfahrens und Beweisfragen	180
a.	Zuständigkeit und Einleitung des Verfahrens	180
b.	Beweisrechtliche Situation	182
aa.	Ähnlichkeiten zum Zivilprozess	182
bb.	Bedeutung des Schweigens	184
c.	Verteidigungsmöglichkeiten	185
d.	Rolle des zivilrechtlichen Vergleichs (Settlement)	186
e.	Zwischenergebnis	188
3.	Ausweitung der selbstständigen Einziehung durch die Unexplained Wealth Order (UWO)	188
a.	Überblick über den Anwendungsbereich der Unexplained Wealth Order	189
b.	Hintergrund der Einführung der UWO	192
c.	Kritik an der Einführung der UWO	193
aa.	Grundsätzliche Kritik	193
bb.	Internationale und menschenrechtliche Perspektive	194
d.	Zwischenergebnis	195
4.	Verhältnis zwischen strafrechtlicher und zivilrechtlicher Einziehung	195
5.	Problematik des richtigen Beweismaßes	196
a.	Ursprünglich eher restriktive Auslegung	197
b.	Entscheidung des House of Lords im Fall Briggs-Price	200
c.	Nachfolgende Entscheidungen der unteren Instanzen	201
d.	Änderung der Rechtsprechung durch den Obersten Gerichtshof	202
e.	Nachfolgende Entscheidungen	205
f.	Zwischenergebnis	206

6. Zwischenergebnis	208
V. Bewertung	208
1. Bilanzierung der eingezogenen Summen	208
2. Überprüfung durch die Law Comission und Reformvorschläge	211
3. Unterschiede	212
4. Kritik und Ähnlichkeiten in der Zielsetzung	214
5. Strukturgleichheit zwischen den Vorschriften	215
6. Zusammenfassung	216
Kapitel 10: Mögliche Entwicklungen	218
I. Technische Entwicklung: Digitalisierung - Tendenzen	218
1. Big Data und Algorithmen	218
2. Verbesserte Möglichkeiten der Verschleierung	219
II. Europäische Tendenzen	222
1. Harmonisierung von Einziehungsvorschriften	222
a. Harmonisierungstendenzen	222
b. Zwischenergebnis der Europäischen Kommission	223
c. Bewertung	224
2. Verbesserte Durchsetzung von Einzahlungsanordnungen	225
III. Zwischenergebnis	227
Kapitel 11: Reformvorschläge in Deutschland sowie England und Wales	228
I. Möglichkeiten zur Veränderung in Deutschland	228
1. Möglichkeit der Schaffung eines zivilrechtlichen Einziehungsregimes in Deutschland	228
a. Vorteile eines rein zivilrechtlichen Einziehungsregimes	229
aa. Nachweisprobleme und Erfahrungen aus anderen Ländern	229
bb. Systematische Analyse	230
b. Schwierigkeiten bei der Umsetzung	231
aa. Ausgestaltung des Verfahrens	231
bb. Kaum systematische Vorteile	233
cc. Verfassungsrechtliche Perspektive: Ausübung hoheitlicher Rechte	234
c. Zwischenergebnis	235

2. Möglichkeit der Schaffung eines öffentlich-rechtlichen Einziehungsregimes für Vermögen unbekannter Herkunft in Deutschland	237
a. Präventive Gewinnabschöpfung im Polizei- und Ordnungsrecht	239
aa. Überblick	239
(1) Rückgabe an den wahren Berechtigten nicht möglich	240
(2) Gegenwärtige Gefahr durch die eingezogene Sache	241
bb. Auswirkung der Reform im Jahr 2017 auf die Präventive Gewinnabschöpfung	242
cc. Einschätzung	243
b. Gesetzentwurf der SPD-Fraktion von 1994	244
aa. Überblick über die Entwürfe	244
bb. Bewertung	246
c. Zwischenergebnis	246
3. Möglichkeit der Schaffung eines steuerlichen Einziehungsregimes für Vermögen unbekannter Herkunft	247
4. Weitere (beweisrechtliche) Verschärfungen des bestehenden Rechts	248
II. Veränderungsmöglichkeiten in England und Wales	250
1. Beweisrechtliche Verschärfungen?	250
2. Nutzung von Marktmechanismen	251
3. Strukturreformen	253
III. Zwischenergebnis	255
Fazit	257
Literaturverzeichnis	261